



Bezirkshauptmann Dr. Martin Steinhauser umgeben von Otto Auer, Michaela Gansterer, Christa Vladyka, Georg Hartl, Johann Köck, Christian Berthold, Friedrich Hensler, Josef Gittel, Hubert Germershausen, Gottfried Mayer, Josef Jandrinitsch, Leo Heuber, Helmut Fritz, Ewald Bergmann, Rudolf Horvath, Hubert Zwickelstorfer, Gerhard Schödinger, Ingrid Scheumbauer, Karl Zwierschitz, Robert Morent, Karl Kindl, Peter Sabaditsch, Walter Glatzer und Johann Hartl.

DIE NEUERUNGEN

Bei der NÖ Landtagswahl 2008:

- Briefwahl
- Wahlrecht für Auslandsniederösterreicher (wahlberechtigt sind all jene, die zwischen 1.1.1998 und heute irgendwo in NÖ einen Wohnsitz hatten)
- Pflegende Angehörige dürfen beim Pflegebedürftigen ihre Wahlkarte der fliegenden Wahlbehörde übergeben.

BÜRGERMEISTER-KONFERENZ / Bezirkshauptmann Dr. Martin Steinhauser lud zum Info-Tag für die Ortschefs ein.

Vorbereitung für Wahl

HÖFLEIN / Einer der Hauptpunkte der Bürgermeister-Konferenz, die in der Vorwoche in der Höfleiner Limeshalle stattfand, beschäftigte sich mit den Neuerungen,

die bei der bevorstehenden Landtagswahl zum Tragen kommen werden. Im Vorfeld vieldiskutiert, wird bei der NÖ Landtagswahl beispielsweise das erste

Mal die Briefwahl möglich sein. Da die Wahlkarten der Briefwähler von der Gemeinde ausgezählt werden (wenn es mehr als 30 sind) wurden die anwesenden Bürgermeister und Amtsleiter über die wichtigsten Eckpunkte informiert.

Ebenfalls neu ist das Wahlrecht für Auslandsniederösterreicher.

Außerdem dürfen nun auch pflegende Angehörige, die über eine Wahlkarte verfügen, diese ebenfalls bei der fliegenden Wahlbehörde abgeben.

Die Bürgermeister erhielten bei ihrer Konferenz außerdem die Gelegenheit, mit Kindergarten-Inspektorin Waltraud Matz die Herabsetzung des Kindergarten-Alters auf zweieinhalb Jahre und deren Auswirkungen für die Gemeinden zu besprechen.

Ebenfalls auf der Tagesordnung stand ein Vortrag von Mag. Ilse Stadlmann zum Thema „Niederösterreich als selbstbewusster Akteur in Brüssel“, der einige der Möglichkeiten aufzeigen sollte, die auch einzelne Bundesländer in der EU haben, wenn sie sich nur entsprechend einbringen.